



BERLIN

AKTUELL

Ausgabe 199
27. September 2019

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

letzte Woche Freitag hat das Klimakabinett seinen Entwurf für das Klimapaket vorgestellt. Meine Einschätzung finden Sie nebenstehend.

Angesichts eines so umfassenden Gesetzgebungsvorhabens ist ganz klar, dass es viel Gesprächsbedarf gibt und dass wir einen gemeinsamen Konsens - auch mit den Bundesländern - finden müssen.

Es zeigt sich aber auch, an der einen oder anderen Stelle besteht anscheinend noch grundsätzlicher Klärungsbedarf. So zumindest bei dem Vorsitzenden der Bundes-Grünen, Robert Habeck. In einem Interview mit dem ARD zeigte er Anfang der Woche doch deutliche Wissenslücken in Sachen Pendlerpauschale. Darüber kann man einerseits Schmunzeln, andererseits zeigt es, selbst auf bundespolitischer Ebene braucht es ab und zu erst einmal eine Aufarbeitung der Grundlagen, bevor man sich zielgerichtet auf den Weg der Lösungsfindung machen kann.

Und es zeigt, dass der ökologische Zeigefinger der Grünen manchmal mehr Selbstzweck ist, als es der sachlichen Debatte gerade gut tut.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

KLIMASCHUTZ

Das Klimapaket liegt vor - Die Perspektive des ländlichen Raums

Vor einer Woche hat die Bundesregierung ihren Entwurf für das Klimapaket vorgestellt. Erläuternde und kritische Presseberichte stehen zahlreich zur Verfügung. Deshalb verzichte ich an dieser Stelle darauf, das gesamte Paket in seinen Einzelheiten vorzustellen und zu erläutern. Bei Interesse finden Sie ausführliche Informationen, den gesamten Entwurf und interessante Grafiken unter folgendem Link: www.bundesregierung.de

An dieser Stelle konzentriere ich mich auf die Perspektive des ländlichen Raums und auf die Belange unserer Region.

Das Klimakabinett hat ein Paket vorgelegt, das auf Anreize statt auf Verbote setzt, das Marktmechanismen einführt statt Zwang auszuüben und das beim Thema CO₂ auf Mengensteuerung statt auf Besteuerung setzt. Diese Grundlinien begrüße ich sehr und ich sehe darin eine gute Basis, um den gesellschaftlichen Wandel auf sichere und verlässliche Gleise zu setzen.

Ab 2021 wird ein nationaler Handel mit Verschmutzungsrechten für CO₂ eingeführt. Das Prinzip ist vergleichbar mit dem bereits heute existierenden EU-Zertifikatehandel für Industrieunternehmen. Am Zertifikatehandel wird jedoch nicht jeder einzeln teilnehmen müssen, sondern nur die Händler, die Benzin, Diesel, Heizöl und Gas an die

Endverbraucher weiterverkaufen. Sie werden die Zertifikate erwerben und die Kosten an die Verbraucher weitergeben. Als Einstiegspreis hat die Bundesregierung den Betrag von 10 Euro pro Tonne CO₂ vorgeschlagen. Dieser Preis wur-



de bereits vielfach kritisiert, er sei zu gering. In den Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern der Region treffe ich aber ganz andere Sorgen an. Hier herrscht zum Teil Verunsicherung, weil die Menschen ihre alten Häuser mit Ölheizungen beheizen oder weil die Arbeitnehmer mit dem Auto zur Arbeit fahren. Das sind Tatsachen, die nicht von heute auf morgen umgestellt werden können. Da fragen sich viele, ob sie die angekündigten Mehrkosten finanziell stemmen können. Der niedrige Einstiegspreis für die Zertifikate ist deshalb richtig. So gelingt es, alle Menschen in diesem gesellschaftlichen Umbruch mitzunehmen. Ich bin aus diesem Grund

KLIMASCHUTZ

auch froh, dass es keine CO₂-Steuer geben wird, die die Menschen im ländlichen Raum viel härter getroffen hätte.

Zur Kompensation der Kosten durch den Zertifikatehandel werden wir die Stromkosten senken und die Pendlerpauschale ab 2021 erhöhen. Für die ersten 20 Kilometer bleibt es bei den bereits heute geltenden 30 Cent, ab dem 21. Kilometer werden 35 Cent erstattet. Diese Regelung bringt den Menschen in unserer Region eine deutliche Erleichterung.

Klar ist auch, allein durch die Bepreisung von CO₂ gelingt es nicht, die Klimaziele zu erreichen. Deshalb setzen wir auf Technologie und Innovation. Auch im Gebäudebereich, das ist für die Eigenheimbesitzer in der Region wich-

tig, werden wir den Bürgern mit Fördermaßnahmen unter die Arme greifen. So ist beispielsweise beim Austausch alter Ölheizungen gegen neue, klimafreundliche Modelle eine Förderung von 40 Prozent geplant.

Wie geht es jetzt weiter? Das Klimapaket der Bundesregierung ist ein Entwurf und dieser wird nun zunächst im Deutschen Bundestag beraten. Angesichts der großen gesellschaftlichen Bedeutung dieses Themas, ist uns eine breite und intensive Debatte sehr wichtig. Das hat die CDU/CSU-Fraktion in dieser Woche schon bei einem Kongress zu diesem Thema und auch in einer ersten Parlamentsdebatte gezeigt. Einigen der geplanten Maßnahmen müssen auch die Länder im Bundesrat zustimmen.

Ein breiter Konsens ist also notwendig, um das Klimapaket für Deutschland auf den Weg zu bringen. Das bedeutet, dass es auch in den kommenden Wochen intensive Gespräche und Diskussionen geben wird und dass sich mancher Vorschlag auch noch verändern wird.

Ich werde dabei mein Augenmerk darauf legen, dass nicht Stadt- und Landbevölkerung gegeneinander ausgespielt werden. In ländlichen Regionen leben in Deutschland 70 Prozent der Bevölkerung. Wir brauchen faire Lösungen, damit die hier ansässigen Eigenheimbesitzer, Pendler und Unternehmen die Entwicklungen im Klimaschutz mitgehen können und nicht unter der Last übergroßer Ansprüche erdrückt werden.

AUS DEM BUNDESTAG

Praktikantin Anna Röhl berichtet vom CDU/CSU-Kongress „Heimat mit Zukunft“

Mein Name ist Anna Röhl, ich bin 23 Jahre alt und komme aus Kröv. Im Rahmen meines Jurastudiums mache ich ein sechswöchiges Praktikum im Abgeordneten-Büro von Patrick Schnieder.

Am Montag besuchte ich ein Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion zum Thema „Heimat mit Zukunft – Für eine starke Wirtschaft im ländlichen Raum“. Bei dieser Veranstaltung ging es um die aktuelle Situation der Wirtschaft im ländlichen Raum deren zukünftige Entwicklung.

Eröffnet wurde die Tagung von Gitta Connemann MdB, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion. Gleich zu Beginn stellte sie heraus, dass es keinen einheitlichen ländlichen Raum gebe. Die Regionen unterscheiden sich in ihrer Wirtschaftskraft und Infrastruktur. Ziel müsse es sein, die ländlichen Regionen nach ihren Potenzialen zu fördern und überall profitables Wirtschaften zu ermöglichen.

Dafür brauche es Lösungen beim Fachkräftemangel, einen Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum und eine schnelle digitale Infrastruktur, erklärte Ulrich Lange, der Vorsitzende der AG Verkehr und digitale Infrastruktur ist.

Peter Altmaier, Bundeswirtschaftsminister, gab in seinem Impulsvortrag einen Ausblick auf das kommende Jahr. Der verstärkte Ausbau von Mobilität und Mobilfunk werde Fortschritte bringen. Zudem plant er, 2020 ein Förderprogramm für strukturschwache Regionen aufzulegen.

An die Reden schloss sich eine Podiumsdiskussion an. Daran nahm u.a. auch Prof. Dr. Jörn Block von der Forschungsstelle Mittelstand der Universität Trier teil. Die Diskutanten zeigten in verschiedenen Fragen, dass sie gezielte Förderungen für den ländlichen Raum

für sinnvoll handeln. Beispielsweise, dass beim Ausbau der digitalen Infrastruktur eine Steuerung zugunsten der dünn besiedelten Regionen stattfindet. Auch die Gemeinden selbst rückten in den Fokus der Diskussion. Man könne mehr erreichen, wenn die Gemeinden stärker regional dächten.

Dr. Carsten Linnemann beendete die Veranstaltung mit der Forderung, wir bräuchten einen „Plan für die Wirtschaft im ländlichen Raum“ und schloss mit den Worten: „Wir müssen mutig nach vorne gehen“.



Foto: MdB

WALD

Die Lage in den Wäldern ist dramatisch! - Bundeswaldgipfel mit Hilfszusagen

Im Wald bin ich regelmäßig. Als Läufer in der Eifel ist man immer wieder auch im Wald unterwegs. Selbst als Laie sehe ich, dass sich der Wald über Generationen verändern wird. Viele Bäume sind braun und es gibt riesige Lücken, wo kranke Bäume entfernt wurden.

Angesichts der dramatischen Lage habe ich mir im August bei einer Waldbegehung im Prümer Forst mit dem Prümer Verbandsbürgermeister Aloysius Söhngen sowie Peter Wind und Rafael Meis vom Forstamt Prüm einen Eindruck



über die aktuelle Situation in unserem heimischen Wald verschafft.

Die Hitze und Trockenheit des letzten Jahres und dieses heißen Sommers haben dem Wald extrem zugesetzt, jetzt noch der Borkenkäfer: Die Mitarbeiter des Forstamtes sind im Dauereinsatz, um dem Wald zu helfen und noch größere Verluste zu verhindern. Ihr Einsatz ist beeindruckend und ihnen und den zahlreichen Helfern gebührt Dank für diese harte Arbeit.

Im Gespräch mit Wind, Meis und Söhngen ging es auch darum, wie der Wald zu alter Stärke zurückfinden kann. Wir brauchen natürlich eine Wiederauf-



forstung. Das Ziel dabei ist ein gesunder Mischwald mit unterschiedlichen Baumarten, die den Herausforderungen des Klimawandels widerstandsfähig begegnen können.

Dass dafür viel Geld in die Hand genommen werden muss, ist kein Geheimnis. Beim nationalen Waldgipfel in dieser Woche in Berlin war natürlich auch diese finanzielle Frage Thema. Forstministerin Julia Klöckner sicherte 547 Millionen Euro Bundesgelder zu. Von den Ländern sollen zudem 253 Millionen Euro kommen, sodass insgesamt 800 Mio Euro zur Verfügung stehen.



Fotos: MdB

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
 Patrick Schnieder MdB
 Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 Tel.: 030/227 71881 • Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#) • [Facebook](#)
[Twitter](#) • [Youtube](#)

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... fehlt mancher mit System.

Es stellt sich schon die Frage nach dem Selbstverständnis mancher Abgeordneten im Bundestag, wenn man die jüngsten Zahlen zur Anwesenheit bei Abstimmungen sieht. Am häufigsten fehlen demnach die Mitglieder der AfD-Fraktion, wenn es darum geht, bei Abstimmungen Farbe zu bekennen. Bei dem Abstimmungsverfahren „Namentliche Abstimmung“ muss jeder Abgeordnete eine Stimmkarte, auf der neben der Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung auch der Name vermerkt ist, in eine Urne werfen. So wird für alle Bürger ersichtlich, wer wie abgestimmt hat. Natürlich kann jeder mal krank sein oder aus anderen Gründen nicht vor Ort sein. Auffallend ist aber, dass bei einer Fraktion Transparenz anscheinend nicht gewünscht ist. Sich als gewählter Abgeordneter der politischen Verantwortung systematisch zu entziehen ist im doppelten Wortsinn ein eklatantes Fehlverhalten!

Der Vollständigkeit halber: Ich habe an allen Namentlichen Abstimmungen dieser Legislaturperiode teilgenommen. Beweis? Hier:

The screenshot shows the profile of Patrick Schnieder on Abgeordnetenwatch.de. It includes the website logo, navigation tabs for Bundestag, Abgeordnete, and Abstimmungen, and a dropdown menu set to Bundestag. Below this is a circular profile picture of Patrick Schnieder, identified as a CDU member and Bundestag member. An orange button labeled 'Frage stellen' is visible. At the bottom, two circular statistics are shown: '100% 19/19 Beantwortete Fragen' and '100% 95/95 Namentliche Abstimmungen'.

IMPRESSIONEN



Zur Veranstaltung „MdB trifft THW“ hat das Technische Hilfswerk (THW) eingeladen. Dort habe ich Erich Zaums, den Ortsbeauftragten des THW Prüm, getroffen. Das THW ist ein zentraler Baustein in unserem Katastrophenschutz. Deshalb haben wir uns auch über die Frage ausgetauscht, wie man Nachwuchs für die wichtigen Ehrenämter im THW gewinnen kann.



Foto: MdB



Foto: Deutscher Bundestag / Thomas Köhler / photothek

Zur ersten Arbeitssitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung kamen Anfang der Woche die Kollegen aus Frankreich nach Berlin. Wir haben unserer Versammlung eine Geschäftsordnung gegeben und die ersten Arbeitsgruppen eingerichtet.



Foto: MdB

Tatort Eifel - Neben den Fernseh-Stars standen unsere Eifel-Miniköche im Rampenlicht. Tolle Aktion und den Schirmherrn wieder stolz gemacht!



Foto: MdB

Der LK Sozialkunde vom Eifel-Gymnasium Neuerburg ist gerade auf Klassenfahrt in Berlin. Heute Nachmittag haben sie mich im Bundestag besucht.



Foto: MdB

Gemeinsam mit meinem Bruder Gordon Schnieder MdL und Werner Dimmer beim Tag der offenen Tür der Bundeswehr in Gerolstein.